# POST AUS BERLIN



10. Juni 2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

in der vergangenen Doppelsitzungswoche waren unsere Gedanken bei den vielen Betroffenen der Unwetterkatastrophe in Bayern. Das Ausmaß der Schäden ist unfassbar. Ein Hoffnungsschimmer bilden die enorme Hilfsbereitschaft der bayerischen Bevölkerung und die unbürokratische Soforthilfe unserer bayerischen Staatsregierung. Mein Dank gilt den zahlreichen Helferinnen und Helfer, den Einsatzkräften sowie der Bundeswehr, die vor Ort Unterstützung leistet.

In Berlin habe ich mit großem Respekt die Entscheidung des Bundespräsidenten Joachim Gauck, auf eine weitere Amtszeit zu verzichten, aufgenommen. Die Nachfolgedebatte sollte jetzt sachlich geführt werden und gerade nicht in parteipolitische Grabenkämpfe ausarten.

Heute Abend heißt es Anpfiff für die Fußball-Europameisterschaft in Frankreich. Ich drücke unserer deutschen Nationalmannschaft ganz fest die Daumen. Auf ein spannendes und hoffentlich friedliches

Turnier!

Herzliche Grüße und ein schönes Wochenende!

Ihre



#### Neues aus dem Netz

Julia Obermeier @Julia\_Obermeier - 6. Juni
Ich respektiere die Entscheidung des
#Bundespraesidenten. Vielleicht bekommen
wir ja jetzt eine #Bundespräsidentin?



Julia Obermeier
2. Juni um 18:27

In meinem Berliner Büro hat mich der US-amerikanische Stipendiat Blake besucht. Er ist Teilnehmer des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP). Auch deutsche Jugendliche haben die Möglichkeit für ein Jahr als junge Botschafter in die USA zu reisen. Bei Interesse gibt es hier mehr Informationen: <a href="http://bit.ly/1thqLn1">http://bit.ly/1thqLn1</a>

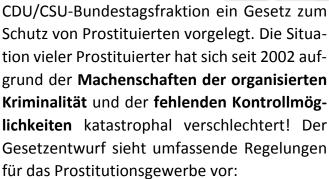


# Ausbeutung von Prostituierten verhindern

#### Bundestag berät über Schutzmaßnahmen

Das Prostitutionsgesetz der rot-grünen Regierung aus dem Jahre 2002 ist gescheitert. Mit

der Legalisierung ihrer Tätigkeit sollten die Prostituierten vor rechtlichen Benachteiligungen bewahrt werden. Tatsächlich aber wurde **Deutschland zum größten Bordell Europas**. Nun hat die Koalition auf beharrliches Drängen der



#### Erlaubnispflicht für den Bordellbetrieb

Bordellbetreiber bedürfen künftig eine Erlaubnis. Diese wird nur dann erteilt, wenn **gesetzliche Mindestanforderungen erfüllt sind** und der Betreiber als **zuverlässig** gilt.

#### Anmeldepflicht für Prostituierte

Darüber hinaus müssen Prostituierte ihre Tätigkeit **persönlich anmelden**, unabhängig davon, ob sie regelmäßig oder nur gelegentlich ihre Dienstleistung anbieten. Die Anmeldebescheinigung ist **zwei Jahre gültig**. Voraussetzung für eine Anmeldung ist eine **jährliche persönliche gesundheitliche Beratung**. So erhalten vor allem Prostituierte, die für einen Zuhälter arbeiten, Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch außerhalb ihres Milieus – in München melden sich derzeit Prostituierte bereits freiwillig bei der Polizei an.

# Besserer Schutz für Prostituierte unter 21 Jahren

Um Prostituierte unter 21 Jahren besser schützen zu können und ihnen häufigeren Zugang zu Unterstützungsangeboten zu verschaffen, sind für sie kürzere Anmelde- und Beratungsintervalle vorgesehen.

Julia Obermeier MdB: "Ich hätte mir ein Mindestalter von 21 Jahren gewünscht. Gerade in diesen jungen Jahren können viele Mädchen die Tragweite ihrer Tätigkeit in der Prostitution nicht abschätzen. Leider war die SPD dazu nicht bereit."

Herabwürdigende Angebote wie Flatrate-Bordelle oder Gang-Bang-Partys werden verboten. Gestärkt wird das Selbstbestimmungsrecht der Prostituierten: Zuhältern ist es künftig verboten zu bestimmen, ob, auf welche Weise und wie oft sexuelle Handlungen vorgenommen werden. Außerdem wird es künftig bundesweit eine Kondompflicht geben. Sie soll Prostituierten helfen, gegenüber ihren Zuhältern und Freiern auf geschützten Sexualverkehr zu bestehen. In Bayern ist dies bereits durch die bayerische Hygieneverordnung gesetzlich festgeschrieben.



Julia Obermeier MdB: "Die allerwenigstens Frauen arbeiten freiwillig und selbstbestimmt in dieser Branche. Viele kommen aus dem Aus-

land, sprechen kaum Deutsch oder sind Analphabeten. Deshalb ist das Prostituiertenschutzgesetz ein weiterer wichtiger Schritt, um Zwangsprostitution in Deutschland zu bekämpfen!"

# Prinzip des Förderns und Forderns hat sich durchgesetzt

Integrationsgesetz kommt

Das Integrationsgesetz ist auf dem Weg: Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung darüber beraten. Fördern und Fordern ist dabei oberstes Prinzip. Denn Integration ist Verpflichtung für alle, die hier leben wollen. Mit uns, nicht neben oder gar gegen uns.

Julia Obermeier MdB: "Mit dem Integrationsgesetz schaffen wir einen neuen Rahmen für Integration in Deutschland. Es ist richtig und notwendig, dass wir von den Migranten und Flüchtlingen Integrationsleistungen einfordern."

Insbesondere die geplante Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge – eine wesentliche Forderung der CSU-Landesgruppe – ist ein sehr wichtiger Baustein, damit in unseren Metropolregionen keine sozialen Brennpunkte entstehen und Integration gelingen kann. Viele Flüchtlinge wollen in die Großstädte, besonders München stellt einen großen Anziehungspunkt dar.

Julia Obermeier: "Der Wohnungsmarkt in München ist bereits für die hier lebende Bevölkerung äußerst angespannt. Es darf hier nicht zu Verteilkämpfen kommen."

#### Das sieht der Gesetzentwurf unter anderem vor:

- Leistungskürzungen bei Verletzung von Mitwirkungspflichten und bei Ablehnung und Abbruch von Integrationsmaßnahmen.
- Eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis soll grundsätzlich erst nach fünf Jahren bei Erfüllung bestimmter Integrationsleistungen erteilt werden.
- Anerkannte Flüchtlinge sind verpflichtet, in dem Bundesland ihren Wohnsitz zu nehmen, dem sie nach Königsteiner Schlüssel zugeteilt sind. Die Länder können ihnen dann einen bestimmten Wohnort zuweisen.
- Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive erhalten eine gezielte Förderung der Berufsausbildung. Die Vorrangprüfung bei Asylbewerbern und Geduldeten wird befristet für drei Jahre ausgesetzt und damit auch die Tätigkeit in Leiharbeit ermöglicht.

## Bundeswehr: Mehr Mitbestimmung – Mehr Attraktivität

Es gibt mehrere Formen der Mitbestimmung von Soldatinnen und Soldaten. Eine davon ist die Beteiligung über Personalräte und Vertrauenspersonen. Die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen haben wir diese Woche im Deutschen Bundestag modernisiert. Dies war notwendig, da die Bundeswehr sich in den vergangenen Jahren enorm verändert hat. Es werden nun in den neuen militärischen Organisationsbereichen Personalräte eingerichtet und die Soldatenbeteiligung in den Auslandseinsätzen gestärkt. Zudem werden die

Befugnisse der Vertrauenspersonen ausgeweitet. Ein modernes Soldatenbeteiligungsrecht steigert die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber. Denn Attraktivität heißt auch, Menschen ernst zu nehmen. Es werden sich mehr gut qualifizierte und selbstbewusste junge Menschen für eine Karriere bei der Bundeswehr entscheiden, wenn sie wissen: Ihre Stimme wird gehört und sie dringen mit berechtigten Beschwerden oder auch innovativen Anregungen zu den Verantwortlichen durch.

Meine Rede ging zu Protokoll. Sie können Sie hier nachlesen: Protokolltext



# Bundestag wertet Verbrechen an Armeniern als Völkermord

## Fraktionsübergreifende Resolution verabschiedet

Der Bundestag wertet die systematischen Verbrechen an Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916 als Völkermord.

Einen entsprechenden Antrag der Fraktionen CDU/CSU, von SPD und Grünen, der den Begriff "Völkermord" gleich in der Überschrift verwendet, verabschiedete das Parlament mit überwältigender Mehrheit. Darin bedauert der Bundestag auch die unrühmliche Rolle

Das Völkermord-Denkmal "Zizernakaberd" in der armenischen Hauptstadt Eriwan.

des Deutschen Reiches, das als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches eine Mitverantwortung an der organisierten Vertreibung und Vernichtung der Armenier trug. Es wurde jedoch betont, dass es nicht darum gehe, die heutige Türkei auf die Anklagebank zu setzen. Vielmehr wolle der Bundestag daran mitwirken, den Versöhnungsprozess zwischen der Türkei und Armenien wieder anzustoßen.

#### Aufarbeitung als Grundlage für Versöhnung

Im Antrag heißt es, das Schicksal der Armenier stehe "beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist". Gerade die eigene historische Erfahrung Deutschlands zeige, wie

schwierig es für eine Gesellschaft sei, die dunklen Kapitel der eigenen Vergangenheit aufzuarbeiten. Eine ehrliche Aufarbeitung sei aber Grundlage für Versöhnung.

> Wir Deutsche wissen sehr genau, wie schwierig die Aussöhnung mit den Nachbarn ist. denen man großes Leid zugefügt hat. In den vergangenen Jahren hat es durchaus Initiativen für Fortschritte der Aussöhnung zwischen Türken und Armeniern gegeben. Deutsch-

land möchte diese Bemühungen unterstützen.



Julia Obermeier MdB: "Es ist richtig und wichtig, die Dinge beim Namen zu nennen. Die Verbrechen gegen die armenische Bevölkerung und weitere christliche

Minderheiten vor über 100 Jahren waren ein Völkermord. Die Reaktionen Erdogans auf die Resolution zeigen, welch Geistes Kind er ist! Die Bedrohungen und Beleidigungen gegenüber dem Deutschen Parlament durch die türkische Regierung sind inakzeptabel."



# **Jugend und Parlament**

#### Großes Planspiel für Jungendliche

Vom 4. bis 7. Juni fand im Bundestag wieder die Veranstaltung "Jugend und Parlament"

statt. **315** Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet, die von Mitgliedern des Bundestages nominiert wurden, stellten in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren nach. Die Teilnehmer übernahmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten und haben dabei vier Gesetzesinitiativen simuliert.

# Münchner Stefan Karius war dabei

Die Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier MdB schickte den 17-Jährigen Stefan Karius aus Allach ins Rennen.

Julia Obermeier MdB: "Es freut mich, dass wir im Zuge der Veranstaltung 'Jugend und Parlament' unsere parlamentarische Arbeit den Jugendlichen näherbringen können."

Die Teilnehmer debattierten über vier Gesetzesentwürfe: Festschreibung von Deutsch als Landessprache im Grundgesetz, Einführung bundesweiter Volksabstimmungen, Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat Sahelien sowie Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft.

#### Wirklichkeitsnahe Bedingungen

Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren lernten dabei die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen.



Teilnehmer Stefan Karius zusammen mit Julia Obermeier MdB

Bei der abschließenden Debatte im Plenarsaal sind 48 Redner aus allen Spielfraktionen ans

Pult getreten und haben dabei versucht, Mehrheiten für ihre politischen Anliegen zu gewinnen. Vollbesetzte Besuchertribünen sorgten dabei für wirklichkeitsnahe Bedingungen.

"Trotz meiner zahlreichen Reden im Deutschen Bundestag ist es auch für mich immer wieder etwas Besonderes an das Rednerpult im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zu treten. Die besondere Bedeutung dieses Ortes haben sicher auch die Jugendlichen bei ihren Reden gespürt.", so

die Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier.

Im Anschluss an die Simulation diskutierten die Teilnehmer mit Vertretern der Bundestagsfraktionen, wie realitätsgetreu "Jugend und Parlament" die parlamentarische Arbeit abbildet.

Der Münchner Teilnehmer Stefan Karius beschreibt seine Eindrücke aus Berlin wie folgt: "Ich habe interessante Einblicke in die komplexe Arbeit eines Mandatsträgers erhalten. Es ist schon etwas Besonderes im Plenarsaal, in Fraktions- sowie den Ausschusssälen – also den Orten wo auch im realen Leben die Geschichte unseres Landes gelenkt wird – zu sitzen und das Gesetzgebungsverfahren nachzuspielen."



# Mobile Bürgersprechstunde





CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier www.julia-obermeier.de julia.obermeier.wk@bundestag.de Bürgerbüro: 089/893 99 099

# Obermenzinger Spendenlauf "Shoe4Africa"



Einen Pressebericht über den Spendenlauf finden Sie hier: http://bit.ly/1WDrbQi



# Herzliche Einladung





†††† FRAUEN.

POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN

Herzliche Einladung zum



# Politischen Frühschoppen Thema: "Wie sicher sind wir? – Die innenpolitische Lage in Deutschland"



Sonntag | 12. Juni 2016 | 11:30 Uhr Schießstätte Allach | Saal Servetstraße 1 | 80999 München



#### Stephan Mayer MdB

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sitzt seit 2002 für den Wahlkreis Altötting-Mühldorf im Deutschen Bundestag und gehört dem Fraktionsvorstand an.



#### Julia Obermeier MdB

Die gebürtige Münchnerin zog 2013 in den Deutschen Bundestag ein. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses und des Europarates liegt der Schwerpunkt ihrer fachpolitischen Arbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



## Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB Ranertstraße 8 81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:

Tel: 089/893 990 99 Fax: 089/893 991 00

julia.obermeier.wk@bundestag.de



# Hier erreichen Sie mich

Meine Website: www.julia-obermeier.de



Folgen Sie mir auf Twitter: @Julia Obermeier



**Auf Facebook:** Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail: julia.obermeier@bundestag.de

# Julia Obermeier vor Ort

10.06.2016 - 18.00 Uhr Frauen Union- Mentoring-Summit, CSU-Landesleitung 11.06.2016 - 10.00 Uhr Vereinsschießen der Schützengesellschaft Zwölf Apostel

e.V. Laim

CSU Infostand am Corso Leopold, Leopoldstr. 38, 80802 **11.06.2016** – 16.00 Uhr

München

12.06.2016 - 11.30 Uhr Politischer Frühschoppen mit Stephan Mayer, Schieß-

stätte Allach, Servetstraße 1, 80999 München

**14.06.2016** – 11.00 Uhr Mobile Bürgersprechstunde "Wo drückt der Schuh?",

Rotkreuzplatz, München



PS: Sie können den Erhalt des Newsletters "Post aus Berlin" jederzeit mit Wirkung für die